

Probleme durch das Wirken antisoz. Sammlungsbewegungen

23. Oktober 1989

Information Nr. 471/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3756, Bl. 144–152 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Krenz, Stoph, Axen, Böhme, Dohlus, Eberlein, Hager, Jarowinsky, Keßler, Kleiber, Werner Krolkowski, Lorenz, Mückenberger, Neumann, Schabowski, Sindermann, Tisch, Lange, Gerhard Müller, Margarete Müller, Schürer, Walde, Dickel, Herger, Sorgenicht – MfS: Mielke, Carlsohn, Mittig, Großmann, Neiber, Schwanitz, Leiter HA II, Leiter HA IX, Leiter HA XX, Leiter HA XX/AKG, HA XX/4, Irmner (ZAIG, vernichtet), Tannhäuser (ZAIG/1), Leiter BV Berlin, BV Cottbus, BV Dresden, BV Erfurt, BV Frankfurt, BV Gera, BV Halle, BV Karl-Marx-Stadt, BV Leipzig, BV Magdeburg, BV Neubrandenburg, BV Potsdam, BV Rostock, BV Schwerin, BV Suhl, Palko (ZAIG/4).

Vermerk

Über dem Dokumentenkopf maschinenschriftlich: »Information erhalten auch alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die Genossen Dickel, Herger und Sorgenicht«. Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Bemerkung

In der Akte BStU, MfS, ZAIG 3756 befindet sich das 37. Exemplar der Information Nr. 471/89 mit einem »Verteilervorschlag«, der nur die ersten 35 Empfänger des o. g. Verteilers enthält – bis Leiter HA XX/AKG. Dokument auch abgedruckt in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 231–235. Die Exemplare 2, 13, 26, 29, 31 und 54 der Information (Stoph, Mückenberger, Mielke, Großmann, Schwanitz und Palko ZAIG/4) sind enthalten in: BStU, MfS, ZAIG 33410, Bl. 388–396, 433–441, 424–432, 415–423, 406–414 bzw. 397–405.

Verweis

Information [481/89](#).

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen setzt sich der Prozess der DDR-weiten Formierung der bekannten antisozialistischen Sammlungsbewegungen fort.

Im Ergebnis

- der weiter anhaltenden Popularisierung ihrer Ziele und Inhalte durch Selbstdarstellung und Diskussion dazu in vielen gesellschaftlichen Bereichen,
 - der Eingliederung von Mitgliedern der Sammlungsbewegungen in den begonnenen Prozess des Dialogs von Vertretern der Partei und des Staatsapparates mit allen Schichten der Bevölkerung, vor allem im kommunalen Bereich
- sowie durch
- flächendeckende Ausbildung und Festigung ihrer Strukturen,
 - eine sich weiter vervollkommnende Organisation

ist es den Inspiratoren/Organisatoren gelungen, ein politisch beachtliches Potenzial der Bevölkerung der DDR, vor allem jüngere Bürger, in ihrem Sinne zu beeinflussen, bei diesem Handlungsbereitschaften zu wecken und für entsprechende Aktivitäten zu nutzen.

Über den größten Einfluss und die weiteste Verbreitung verfügt nach wie vor das »Neue Forum«, ¹ dessen politisches Profil sich weiter ausgeprägt hat und dessen Leitungsstrukturen zum Teil bis zu Ortsgruppen wirken. (Während einer Zusammenkunft der Berliner »Kontaktadressen« des »Neuen Forums« am 18. Oktober 1989 wurde die Arbeitsfähigkeit von sogenannten Wohngebietsgruppen in allen Stadtbezirken der Hauptstadt bekannt gegeben.)

Feststellbar ist ein kontinuierlicher Ausbau der Kommunikationsstrukturen in allen antisozialistischen Sammlungsbewegungen. Neben den sogenannten Kontaktadressen oder »Sprechern« – diese Personen wirken als Informationsvermittler, Werber und Organisatoren – spielen bei der schnellen Übermittlung von Informationen und Gewährleistung eines angestrebten abgestimmten einheitlichen Vorgehens vor allem in Pfarrämtern eingerichtete sogenannte Kontakttelefone eine beachtenswerte Rolle. In breitem Umfang werden vorhandene private und kirchliche sowie gesellschaftliche und betriebliche technische Mittel und Möglichkeiten zur Vervielfältigung der bekannten konzeptionellen Papiere dieser Kräfte genutzt; die Verbreitung hält unvermindert an, und es ist davon auszugehen, dass derartige Materialien zwischenzeitlich einen sehr hohen Verbreitungsgrad unter der Bevölkerung gefunden haben.

In zunehmendem Maße ist ein Zusammengehen verschiedener antisozialistischer Sammlungsbewegungen erkennbar, so u. a. bei der Nutzung gleicher Veranstaltungen. Begünstigt wird das durch eine teilweise vorhandene Personalunion der Führungskräfte – der bekannte Heiko Lietz² ist z. B. in zentrale Aufgaben sowohl des »Neuen Forums« als auch des »Demokratischen Aufbruchs«³ und der »SDP«⁴ eingebunden – bzw. durch langjähriges gegenseitiges Kennen und persönliches Zusammenwirken solcher Personen im Rahmen personeller Zusammenschlüsse. Hinweisen zufolge gibt es – ungeachtet bestehender Widersprüche in den Zielen, Vorgehensweisen usw. sowie hinsichtlich der persönlichen Ambitionen der Führungskräfte – erste Überlegungen bei Inspiratoren/Organisatoren von derartigen Bewegungen, im Interesse der Erhöhung der Wirksamkeit das bisherige Zusammenwirken organisatorisch auszubauen, u. a. durch die mögliche Integration einer Bewegung in die andere bzw. die Entwicklung des »Neuen Forums« als sogenannte Dachorganisation.

Bedeutendste Ausgangsbasis für das Wirken aller antisozialistischen Sammlungsbewegungen bilden nach wie vor die evangelischen Kirchen. Feststellungen zufolge nahmen in der Zeit vom 16. bis 22. Oktober 1989 an Veranstaltungen ausschließlich politischen Charakters in Kirchen und kirchlichen Räumen, in denen Kräfte antisozialistischer Sammlungsbewegungen ungehindert auftreten konnten, weit über 100 000 Personen teil. Fast alle diese Veranstaltungen verzeichnen eine in diesen Kirchen und in diesem Ausmaß bisher nicht gekannte Besucherresonanz: Görlitz – 7 000 Personen, Magdeburg – 6 000, Rudolstadt – 3 000. Eine sogenannte Informationsveranstaltung des »Neuen Forums« in der Friedrichskirche in Potsdam musste aus Kapazitätsgründen wegen des hohen Zuspruchs in insgesamt fünf Durchgängen erfolgen – es nahmen insgesamt ca. 6 000 Personen teil. In einigen Kirchen, so in der Gethsemanekirche in Berlin, wurde dazu übergegangen, fast täglich Veranstaltungen durchzuführen. Auch bei diesen ständig wiederkehrenden Veranstaltungen ist ein hoher Zustrom interessierter Personen feststellbar.

Bei der Mehrzahl dieser generell mit Wissen und Zustimmung kirchenleitender Kräfte und zum Teil unter unmittelbarer Mitwirkung der jeweiligen Gemeindepfarrer durchgeführten Veranstaltungen werden die Ziele und Inhalte der antisozialistischen Sammlungsbewegungen dargelegt, erläutert und diskutiert, verbunden mit immer massiver werdenden Angriffen gegen die Politik von Partei und Regierung, führende Repräsentanten, die Schutz- und Sicherheitsorgane. Breiten Raum nehmen nach wie vor Diskussionen zu Forderungen an den Staat (über deren Inhalt bereits informiert wurde) und zur Solidarisierung mit Inhaftierten ein. Immer wieder werden weitergehende Aktivitäten und Aktionen bekannt gegeben bzw. zu solchen aufgerufen.

Fortgeführt werden Unterschriftssammlungen. So wurden während der vorgenannten Veranstaltungen in der Friedrichskirche in Potsdam Handzettel verteilt, auf denen mit Angabe der Personalien durch Unterschrift bekundet werden sollte, dass ein gesellschaftliches Bedürfnis für die Zulassung des »Neuen Forums« bestehe.

Beachtenswert ist, dass die Ankündigung von solchen politischen Veranstaltungen in Kirchen und kirchlichen Räumen nicht mehr abgedeckt oder religiös verbrämt, z. B. als sogenannter Friedensgottesdienst, sondern überwiegend mit direktem Hinweis auf deren Inhalte in kirchlichen Schaukästen und anderweitig vorgenommen wird.

Es mehren sich Hinweise, wonach besonders im Sinne des »Neuen Forums« agierende Kräfte versuchen, auch andere Möglichkeiten für ihre »Tätigkeit« zu nutzen, so in studentischen und wissenschaftlichen Einrichtungen, in Betrieben und im kommunalen Bereich. Vielfach werden dabei durch falsche Angaben Verantwortliche über den tatsächlichen Zweck von Zusammenkünften getäuscht bzw. werden politisch und fachlich anders orientierte Veranstaltungen politisch missbraucht.

Kennzeichnend für das Wirken der Führungskräfte sowohl des »Neuen Forums« als auch anderer antisozialistischer Sammlungsbewegungen ist – begünstigt durch die ihrer Ansicht nach für sie günstig verlaufende Lageentwicklung – deren zunehmende Selbstsicherheit im öffentlichen Auftreten und eine damit verbundene deutlich stärkere Bekundung ihres Willens, als politische Opposition gelten und wirken zu wollen. So bewertet Pfarrer *Tschiche*⁵ das »Neue Forum« bereits als reale Massenbewegung. Seiner Auffassung nach sei der vom Staat angebotene Dialog lediglich ein Versuch, das »kritische Potenzial« zu zersplittern. Partei und Staatsmacht müssen weiter »durch die Straßen gedrängt« werden, bis deren Machtmonopol gebrochen ist; die SED dürfe in einer »künftigen Gesellschaft« keine Rolle mehr spielen. Der Organisator des »Neuen Forums« im Bezirk Karl-Marx-Stadt, *Böttger*,⁶ erklärte in Reaktion auf die 9. Tagung des ZK der SED,⁷ nunmehr müsse das »Neue Forum« verstärkt auf »politische, an die Substanz gehende Veränderungen drängen«. Man müsse auf einen »Machtwechsel« hinwirken, wozu eine »echte Opposition«, die auch künftig die Staatspolitik unter Kontrolle halten müsse, benötigt werde. Der bekannte Prof. *Reich*⁸ entwickelt Vorstellungen, den »Aktionsraum« des »Neuen Forums« durch »Infiltration« des FDGB und Ausnutzung der Blockparteien CDU und LDPD zu erweitern.

Reich orientierte ferner darauf, dass sich das »Neue Forum« an die Volkskammer wenden solle, falls keine positiven Antworten auf die Zulassungsanträge erfolgen.⁹

Führungskräfte und andere aktive Mitglieder antisozialistischer Sammlungsbewegungen agieren zunehmend überörtlich, treten im Rahmen von Zusammenkünften und Veranstaltungen in anderen Bezirken auf. Das betrifft sowohl Personen aus den sogenannten Führungsgremien, die in die Bezirke gehen, als auch Personen aus den Bezirksorganisationen, die an zentraler Stelle über die Lage in ihrem Territorium, konkrete Vorkommnisse und Ergebnisse von Aktivitäten berichten. Dieses, von der Arbeitsweise personeller Zusammenschlüsse her bekannte Vorgehen dient insbesondere dem Ziel des schnellen Informationsaustausches, des Bekanntmachens von Führungskräften auf den unteren Ebenen, der konzeptionellen Orientierung besonders auf die einheitliche politische Ausrichtung ihrer Forderungen und Aktivitäten und die bewusste Demonstration legalen Wirkens.

Nach vorliegenden streng internen Hinweisen treffen Führungskräfte des »Demokratischen Aufbruchs« Vorbereitungen zur Durchführung einer Gründungsversammlung am 29. Oktober 1989 im Evangelischen Diakoniewerk »Königin Elisabeth« in der Hauptstadt der DDR, Berlin. Auf dieser Zusammenkunft soll ein Arbeitspapier unter dem Titel »Was wollen wir« erörtert werden, in dem konzeptionelle Vorstellungen zu den Problemkreisen Ökonomie, Sozial- und Gesellschaftspolitik, Verfassungsrecht, Volkskammerwahlen und Steuerreform enthalten sind.¹⁰ Grundprinzip der Arbeit des »DA« soll die Orientierung auf Gewaltfreiheit sein.

Wie weiter bekannt wurde, traf am 11. Oktober 1989 beim Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, ¹¹ W. Brandt,¹² der Aufnahmeantrag der »Sozialdemokratischen Partei in der DDR« ein. Der Rat der Sozialistischen Internationale beabsichtigt, auf seiner Sitzung am 23./24. November in Genf über diesen Aufnahmeantrag zu beraten.

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen intensivieren die antisozialistischen Sammlungsbewegungen ihre Aktivitäten, unter Nutzung des politisch desolaten Zustandes in einigen zentralen Einrichtungen des Bereiches Kunst/Kultur und in den Künstlerverbänden sowie begünstigt durch die offene Bekundung der Übereinstimmung mit den Zielen und Inhalten derartiger »Bewegungen« seitens einer Reihe von Kulturschaffenden, im Bereich Kunst und Kultur Einfluss zu erlangen. So gelang es Führungskräften des »Neuen Forums« in letzter Zeit wiederholt, an Veranstaltungen und Zusammenkünften der Akademie der Künste der DDR bzw. von Künstlerverbänden teilzunehmen und ihr politisches Konzept zu erläutern. Sie werden dabei maßgeblich von der Schriftstellerin Christa Wolf¹³ unterstützt. Der DDR-Schriftsteller Stephan Hermlin¹⁴ bezeichnete das »Neue Forum« auf der am 19. Oktober 1989 stattgefundenen Vollversammlung der Akademie der Künste als »Motor für Fortschritte in der DDR«.

Auf einer durch den Bezirksverband Bildender Künstler Berlin erstmalig am 16. Oktober 1989 durchgeführten Zusammenkunft unter der Bezeichnung »Offene Stunde« – sie soll künftig wöchentlich stattfinden – wurde festgelegt, jeweils einer antisozialistischen Sammlungsbewegung die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und zur Erläuterung ihrer Konzeptionen einzuräumen und dafür die Räumlichkeiten des Bezirksverbandes zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beabsichtigen auch andere Künstlerverbände, Vertreter des »Neuen Forums« zur Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen einzuladen. (Für den 24. Oktober 1989 ist die Mitwirkung Bärbel Bohleys¹⁵ an einem Konzert- und Diskussionsabend im Haus der Jungen Talente/Berlin – verantwortlich: Vizepräsident des Komitees für Unterhaltungskunst der DDR, Toni Krahl¹⁶ – vorgesehen.)

Streng internen Hinweisen zufolge beabsichtigen Führungskräfte des »Neuen Forums«, die für den 19. November 1989 beantragte Demonstration von Berliner Künstlern zu nutzen, um mit eigenständigen Losungen und Forderungen aufzutreten.

Im Ergebnis vor allem des Wirkens von Kräften aus antisozialistischen Sammlungsbewegungen sowie in Anlehnung an frühere analoge Aktivitäten im Sinne des gewaltfreien Widerstandes fanden in der Woche vom 16. bis 22.10.1989¹⁷ in nahezu allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt Berlin 24 nicht genehmigte öffentliche Demonstrationen statt, an denen sich vorliegenden Hinweisen zufolge insgesamt über 140 000 Personen beteiligten. (Ein Eingreifen der Schutz- und Sicherheitsorgane war nicht erforderlich.) Sie fanden in der Regel nach Abschluss von politischen Veranstaltungen in Kirchen und dort erfolgten Aufforderungen zur Teilnahme statt.

Des Öfteren wurden derartige Demonstrationen auch durch verbreitete Hetzblätter bzw. durch Flüsterpropaganda bekannt gemacht. Vereinzelt wirkten auch andere personelle Zusammenschlüsse bzw. Einrichtungen mit. In diesem Sinne beteiligten sich z. B. das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« Berlin¹⁸ und die »Umweltbibliothek« der Zionskirchengemeinde Berlin¹⁹ an der Vorbereitung der sogenannten Menschenkette am 21. Oktober 1989 in der Hauptstadt.²⁰

Territoriale Schwerpunkte waren abermals Leipzig und Dresden mit ca. 70 000 bzw. 22 000 Personen sowie die Stadt und der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit Teilnehmerzahlen in der Regel zwischen 2 000 bis 3 000, in einem Falle mit 25 000 Personen.

In den letzten Tagen erfolgten derartige Demonstrationen erstmals auch in den Bezirken Rostock und Neubrandenburg.

Die Demonstrationzüge führten stets durch die jeweiligen Stadtzentren. Sie erfolgten mehrfach als sogenannte Schweigemärsche, in mehreren Fällen unter Mitführung brennender Kerzen, in der Regel jedoch mittels Sprechchören und unter Verwendung von Sichtelementen. Dabei wurden unter ständiger Betonung von und Aufforderung zur Gewaltlosigkeit grundsätzlich Forderungen nach Legalisierung der bekannten antisozialistischen Sammlungsbewegungen, insbesondere des »Neuen Forums«, nach Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der DDR, besonders der Informations-, Meinungs- und Reisefreiheit, nach Demokratisierung und Reformierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, einschließlich »freier und geheimer Wahlen« erhoben.

Beim Passieren von bzw. gezielten Vorbeilaufen an Gebäuden und Einrichtungen der Partei bzw. Objekten der Schutz- und Sicherheitsorgane erfolgten aus den Demonstrationen heraus in Einzelfällen Angriffe auf die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft sowie oftmals aggressiv formulierte Rufe nach Abschaffung des MfS.

Gesicherten internen Erkenntnissen zufolge unternahm bestimmte Kräfte, insbesondere kirchliche Amtsträger und Vertreter antisozialistischer Sammlungsbewegungen Aktivitäten, derartige Demonstrationen analog dem Vorgehen in Leipzig regelmäßig zu organisieren und zwischen den verschiedenen Territorien zu koordinieren mit dem Ziel, die Partei- und Staatsführung permanent unter Druck zu setzen.

Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist auch die seit Wochen anhaltende hohe Anzahl anonymer Gewaltandrohungen in Form des Führens anonymer Telefonanrufe bzw. Versendens anonymer Briefe, in denen besonders Einrichtungen der SED unterschiedlichster Ebenen, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS, staatlichen Organen sowie wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Einrichtungen Gewaltakte in Form von Bomben-, Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht werden.

1

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsauftrag unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsauftrag der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

2

Heiko Lietz, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1970–80 Pfarrer der Domgemeinde Güstrow, ab 1979 Mitarbeit in der unabhängigen Friedensbewegung, 1980 Aufgabe seines Pfarramtes nach Konflikten mit der Kirchenleitung, anschließend bis 1988 als Hausmeister für die Volkssolidarität in Güstrow tätig, in dieser Zeit Engagement für Oppositionsgruppen im Norden der DDR, ab 1984 Mitorganisator der DDR-weiten Treffen von »Frieden konkret«, Organisation und Moderation des »Arbeits- und Koordinierungskreises zum Wehrdienstproblem«, ab 1986 Leiter der »Arbeitsgruppe Frieden« der Mecklenburgischen Landeskirche, ab September 1989 Mitglied des »Neuen Forums« (NF), Vertreter des NF am Zentralen Runden Tisch.

3

Der »Demokratische Aufbruch – ökologisch, sozial« (DA) wurde nach einem ersten Versuch einer Konstituierung am 1.10.1989 regulär am 29.10.1989 unter anderem von Friedrich Schorlemmer, Rainer Eppelmann, Rudi-Karl Pahnke, Edelbert Richter und Ehrhart Neubert gegründet. Die Vereinigung verstand sich zunächst als Sammlungsbewegung für Mitglieder von Kirchen- und Umweltgruppen und forderte neben einer Demokratisierung der DDR ökonomische Reformen im Sinne eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter besonderer Beachtung ökologischer Aspekte. Die Weiterentwicklung des DA zu einer politischen Partei am 16./17.12.1989 in Leipzig brachte einen Kurswechsel. Fortan sprachen sich die Mitglieder für eine schnelle Wiedervereinigung aus und verstanden sich als »Volkspartei der Mitte«. Einige prominente Angehörige des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, zogen sich daraufhin aus dem DA zurück. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA zusammen mit der »Deutschen Sozialen Union« und der CDU im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« an, im August 1990 ging die Vereinigung schließlich in der ostdeutschen CDU auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

4

Im April 1989 wurde ein erster Entwurf für den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) verfasst, der am 26.8.1989 in der Berliner Golgathagemeinde vorgestellt wurde. Zur offiziellen Gründung der SDP kam es am 7. Oktober 1989 – dem 40. Jahrestag der DDR – im Pfarrhaus im Brandenburgischen Schwante. Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben den Hauptinitiatoren Markus Meckel und Martin Gutzeit unter anderem Steffen Reiche, Thomas Krüger, Angelika Barbe, Ibrahim Böhme und Peter Grimm. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD. Vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014. Der Gründungsauftrag unter dem Titel: »Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« ist abrufbar unter: www.ddr89.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

5

Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des von Robert Havemann und Rainer Eppelmann verfassten

»Berliner Appells« für Entmilitarisierung und Demokratisierung in Ost und West, maßgeblich beteiligt an der Herausbildung überregionaler Netzwerke oppositioneller Gruppen, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, 1986–88 Mitglied des Fortsetzungsausschusses des Netzwerks »Konkret für den Frieden«, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums« (NF), Dezember 1989 bis März 1990 Vertreter des NF am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtages und Mitglied des Ältestenrates.

6

Martin Böttger, Jg. 1947, Physiker, 1985 Mitbegründer der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, war an der Herausgabe und Verbreitung von Samisdat-Literatur beteiligt, Gründungsmitglied des »Neuen Forums« und Koordinator der Bewegung in Karl-Marx-Stadt, 1990–94 Mitglied des Sächsischen Landtages und Sprecher der Fraktion »Neues Forum-Bündnis 90-Die Grünen«.

7

Auf der 9. Tagung des ZK der SED am 18.10.1989 wurden Erich Honecker zum Rücktritt von seinen politischen Funktionen gedrängt, die Mitglieder des Politbüros Günter Mittag und Joachim Herrmann von ihren Funktionen entbunden und Egon Krenz zum neuen Generalsekretär der SED gewählt.

8

Jens Reich, Jg. 1939, Mediziner, Molekularbiologe und Bürgerrechtler, seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften, seit 1980 Professor für Biomathematik am Zentralinstitut, 1970 Gründung des »Freitagskreises« für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, seit 1985 Mitarbeit in oppositionellen Zirkeln, Auftritte in der Gethsemanekirche und in der »Umweltbibliothek« in Berlin, September 1989 Mitbegründer des »Neuen Forums«, 1990 Mitglied der frei gewählten 10. Volkskammer, zusammen mit Vera Wollenberger (heute Lengsfeld) und Marianne Birthler Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Oktober bis Dezember 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, anschließend Rückkehr in die Forschung.

9

Nachdem der erste Antrag auf Zulassung am 19.9.1989 zwei Tage später vom Innenministerium abgelehnt worden war, stellte das »Neue Forum« am 23.10.1989 einen erneuten Antrag.

10

Am 29.10.1989 kamen im Berliner Königin-Elisabeth-Krankenhaus etwa 200 Personen zusammen, um den »Demokratischen Aufbruch« (DA) offiziell als politische Vereinigung zu gründen. Die Delegierten wählten Rechtsanwalt Wolfgang Schnur zum Vorsitzenden und beschlossen bis zum 1.5.1990 eine politische Partei aufzubauen. Es kam zu einer kontroversen Debatte über die politische Ausrichtung der Vereinigung auf der Grundlage der programmatischen Erklärung des DA vom 2.10.1989. Am Ende wurden eine Grundsatzerklärung und ein vorläufiges Parteistatut beschlossen, auf deren Basis offizielle Leitungsstrukturen mit Vorstands- und Mitgliederorganen etabliert werden sollten. Ein Arbeitspapier mit dem Titel »Was wollen wir« konnte im Zusammenhang mit dem Gründungstreffen nicht ermittelt werden. Vermutlich ist hier die Grundsatzerklärung gemeint, abgedruckt in: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 559–561.

11

Die 1951 gegründete Sozialistische Internationale ist ein weltweiter Zusammenschluss von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Organisationen mit Sitz in London.

12

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1964–87 Parteivorsitzender der SPD, 1969–74 Bundeskanzler, 1976–92 Präsident der Sozialistischen Internationale.

13

Christa Wolf, Jg. 1929, seit 1962 freischaffende Schriftstellerin, mit ihrem Roman »Der geteilte Himmel« erlangte sie 1963 internationale Berühmtheit, seit 1974 Mitglied der Akademie der Künste, 1976 Ausschluss aus dem Vorstand der Berliner Sektion des Schriftstellerverbandes nach der Unterzeichnung der Protestresolution gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns, 1980 Georg-Büchner-Preis, 1989 engagierte sie sich für einen Reformsozialismus in der DDR.

14

Stephan Hermlin, Jg. 1915, Lyriker, Schriftsteller, Essayist, seit den 1950er Jahren einflussreicher Kulturschaffender mit engen Kontakten zur SED-Führung, entwickelte gleichzeitig eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber der DDR-Kulturpolitik, organisierte 1962 eine aufsehenerregende Lesung für junge Lyriker an der Akademie der Künste, worauf er von seiner Funktion als Sekretär der Klasse Dichtkunst und Sprachpflege der Akademie entbunden wurde, 1976 Mitinitiator und Verfasser der Protestresolution gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann, was eine strenge Parteirüge und eine intensive Observation durch die Staatssicherheit nach sich zog, dennoch verstand sich Hermlin auch in der Folgezeit als überzeugter Sozialist, 1981 Organisation des deutsch-deutschen Schriftstellertreffens »Berliner Begegnung zur Friedensförderung« als Reaktion auf die verschärfte Ost-West-Konfrontation.

15

Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, Mitbegründerin der Oppositionsgruppe »Frauen für den Frieden« (1982) und der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (1985/86), Januar 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und Abschiebung nach England, August 1988 Rückkehr in die DDR, September 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums«, Mai bis Dezember 1990 Mitglied der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung für das »Neue Forum«, 1991 Mitarbeiterin der Parlamentarischen Gruppe »Neues Forum/Bürgerbewegung« im Berliner Abgeordnetenhaus.

16

Toni Krahl, Jg. 1949, Musiker, 1968 wegen seines Protestes gegen die Besetzung der ČSSR inhaftiert, seit 1975 Sänger der Band »City«, seit 1988 Vorsitzender der Sektion Rockmusik beim Komitee für Unterhaltungskunst der DDR.

17

Im Original: »1988«.

18

Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche in der Evangelischen Kirche« (Arche) wurde Anfang 1988 als Koordinierungsorgan für die zahlreichen Umweltgruppen und Umweltbibliotheken, die häufig unter dem Dach der evangelischen Kirchen über die ganze DDR verteilt existierten, ins Leben gerufen. Vgl. Jordan, Carlo; Kloth, Hans Michael (Hg.): Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« 1988–90. Berlin 1995.

19

Die »Umweltbibliothek« in Ostberlin (UB) wurde im September 1986 u. a. von Carlo Jordan, Christian Halbrock und Wolfgang Rüdtenklau nach dem Vorbild der »Fliegenden Universitäten« in Polen in den Kellerräumen der Zionsgemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg gegründet. Mit Unterstützung des Pfarrers Hans Simon entwickelte sich der Ort mit Vorträgen, Konzerten und schwer zugänglicher Literatur zu einem Zentrum der DDR-Opposition. Mit den »Umweltblättern« gab die UB zudem ein eigenes Informationsblatt heraus, druckte aber auch andere Publikationen der Oppositionsbewegung. Im November 1987 führten Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft sowie der Staatssicherheit eine Razzia in der UB durch, um die Mitglieder beim Druck der verbotenen Samisdat-Zeitschrift »grenzfall« zu überführen. Obwohl während der Durchsuchung nur die halblegalen »Umweltblätter« hergestellt wurden, verhafteten die Sicherheitskräfte sieben anwesende Personen und beschlagnahmten die Drucktechnik der Bibliothek. Der Vorfall führte im In- und Ausland zu Solidaritätsbekundungen und Protesten und machte die UB weit über die DDR hinaus bekannt. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. Bonn 2009, S. 254–261.

20

Am 21.10.1989 bildeten mehrere Tausend Bürger in Ostberlin eine etwa zwei Kilometer lange »Menschenkette gegen Gewalt« vom Palast der Republik bis zum Polizeipräsidium in der Keibelstraße. Sie forderten die Freilassung aller Demonstranten, die am 7./8. Oktober festgenommen worden waren, und eine Aufklärung der gewaltsamen Übergriffe durch die Sicherheitskräfte. Günter Schabowski und Berlins Oberbürgermeister Erhard Krack suchten das Gespräch mit den Teilnehmern und diskutierten dabei auch über Presse- und Versammlungsfreiheit sowie über neue Reiseregulungen.